

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

13. März 2013

**Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Öffentliche Beurkundung)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP unterstützt die vorgeschlagenen bundesrechtlichen Mindestanforderungen an die öffentliche Beurkundung und die damit verbundene Überführung ungeschriebenen Rechts in das Zivilgesetzbuch.

Sie lehnt hingegen die Einführung der elektronischen Urschrift und damit verbunden die Errichtung einer elektronischen Urkundendatenbank sowie einer elektronischen Urkundspersonendatenbank des Bundes aus folgenden Gründen ab:

- Hohe Informatikkosten des Bundes für Datenbank und Abfrageportal.
- Zunehmende Informatiklastigkeit und Hang zu zentralen Datenbanken des Bundes.
- Pflicht zu einer zentralen Lösung selbst für die auf Papier erstellten Urschriften.
- Zwang für alle Urkundspersonen, die Datenbank des Bundes zu nutzen.
- Absehbare Verwendung der AHVN13 als Personenidentifikator in den Datenbanken des Bundes.
- Fehlende Gebräuchlichkeit der elektronischen Signatur im Alltag.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier